

Die Gesellschaften der Europäischen Union: Zusammenwachsen und Krise 1957-2017

von Hartmut Kaelble

Die europäischen Gesellschaften wuchsen seit der Unterzeichnung der Römischen Verträge trotz der Verfünfachung der Mitgliedstaaten und trotz mancher Krisen zusammen, verflochten sich, wurden sich ähnlicher und entwickelten gemeinsame Werte. Die Mehrheit der Unionsbürger unterstützte das Projekt der europäischen Integration, gleichzeitig wurden ihm aber auch Grenzen gesetzt. Das Zusammenwachsen wurde zudem durch die Finanz- und Eurokrise 2008-2012 unterbrochen und schlug in Teilen sogar in neue Divergenzen um. Die Ablehnung der Europäischen Union unter den Bürgern zog mit der Unterstützung gleich. Seit dem Ende der Krise wurden die Verflechtungen wieder enger, bauten sich die Divergenzen ab, stoßen die gemeinsamen Werte wieder auf breiteren Widerhall. Die europäische Integration wird derzeit von einer zwar deutlichen, aber schwächeren Mehrheit gestützt.

During the last sixty years, since the signature of the Roman Treaties in 1957, the European societies grew together, despite a significant increase of member states and a number of substantial crises. Societies opened up, became less diverse and developed common values. As a result, the idea of European integration was supported by a clear majority of citizens – though within clear boundaries. During the severe crisis in 2008-2012, this process came to a halt; the rejection of the European Union gained ground, almost by-passing its support. Since the end of the crisis, reverse developments seem under way: a thin majority supports the European project again.

Im sechzigsten Jahr der Unterzeichnung der Römischen Verträge stecken die europäischen Gesellschaften in einem tiefen Widerspruch. Sie erlebten einerseits Jahrzehnte des Zusammenwachsens und der Verflechtung der nationalen Gesellschaften, wie man sie sich bei der Vertragsunterzeichnung 1957 kaum vorstellen

konnte. Andererseits fraß sich eine jahrelange, tiefe wirtschaftliche wie politische Integrationskrise in die europäischen Gesellschaften hinein und gefährdet deren Zusammenwachsen. Dieser Beitrag zieht deshalb eine doppelte Bilanz: Er resümiert zunächst die Jahrzehnte des Zusammenwachsens und fasst im Anschluss das zusammen, was die krisenbezogenen gesellschaftlichen Spaltungstendenzen auslöste. Zuletzt wird eine Antwort auf die Frage gesucht, was mehr bewirkte: sechzig Jahre gesellschaftlichen Zusammenwachsens oder einige Jahre der gesellschaftlichen Spaltung. Der Beitrag konzentriert sich dabei auf die Finanz- und Eurokrise 2008-2012, da sich die gesellschaftlichen Folgen neuerer Krisen, der Flüchtlingswelle 2015/2016 und der Brexit-Entscheidung 2016, noch nicht abschätzen lassen.

I. Das Zusammenwachsen der europäischen Gesellschaften

Wie stark wuchsen die europäischen Gesellschaften seit den 1950er Jahren wirklich zusammen und wo zeigten sich Grenzen? Die Antwort auf diese Frage ist stark von unserem Verständnis europäischer Gesellschaften abhängig. Es findet sich bekanntlich keine umfassende Theorie oder auch kein fester Konsens darüber, wie das Zusammenwachsen europäischer Gesellschaften denn aussehen sollte. In den gegenwärtigen politischen Debatten werden vor allem vier Aspekte angesprochen: das Ausmaß der gesellschaftlichen Verflechtung; die wirtschaftliche und gesellschaftliche Konvergenz; die Herausbildung gemeinsamer Werte sowie das Vertrauen der Bürger in die Europäische Union. Wenn Mängel im Zusammenwachsen angeprangert werden, verweist man entsprechend auf eine zu große Heterogenität, zu geringe Verflechtungen, zu gegensätzliche Werte und fehlendes Vertrauen der Bürger in die Europäische Union. Auch EU-Kommissar *Pierre Moscovici* sieht die Krise der Europäischen Union vor allem in den wirtschaftlichen Disparitäten zwischen den Mitgliedsländern, im antieuropäischen Populismus, in der Enttäuschung der Bürger über die Europäische Union und in der technokratischen Distanz der europäischen Institutionen.¹ Er betrachtet damit aus guten Gründen die gesellschaftliche Fehlentwicklung der Europäischen Union als einen Kern ihrer jüngsten Krise.

Gerade in der Situation von 2017 sollte man sich vergegenwärtigen, dass das gesellschaftliche Zusammenwachsen in der Union aus zwei Gründen kein kontinuierlicher, gleichsam pflanzenhafter Prozess war, sondern von Schüben und Krisen gekennzeichnet war. Zum einen forderte fast jede Erweiterung der Europäischen Union das gesellschaftliche Zusammenwachsen der „Völker Europa“

1 Pierre Moscovici, *Le Monde*, 25.02.2017.

neu heraus, wobei drei Entscheidungen in besonders harte gesellschaftliche Herausforderungen mündeten. So vergisst man leicht, dass schon die Römischen Verträge 1957 ökonomisch und gesellschaftlich sehr unterschiedliche Akteure zusammenbrachten: das Agrarland Italien und das sich immer noch ländlich verstehende Frankreich (mit seinen agrarischen Kolonien), dagegen die Industrieländer Belgien, die Bundesrepublik Deutschland, Luxemburg und das Dienstleistungsland Niederlande. Die nächste Herausforderung an das Zusammenwachsen bildete dann die Süderweiterung mit der Aufnahme der diktaturgeschädigten Länder Spanien, Portugal und Griechenland in den 1980er Jahren. Die dritte große Herausforderung verband sich schließlich mit der Osterweiterung (2005/2007), die viele neue Mitgliedstaaten nicht nur mit gänzlich anderen politischen Erinnerungen und Erwartungen, sondern auch mit anderen Gesellschaftsformationen in die Europäische Union einbrachte, selbst wenn sie zum Zeitpunkt des Beitritts die schwierige Transition von erfolglosen Planwirtschaften zur Marktwirtschaften zu einem erheblichen Teil schon bewältigt hatten. Alle dreißig Jahre veränderte sich auf diese Weise der geographische Rahmen des Zusammenwachsens. Darüber hinaus geriet das Zusammenwachsen der Europäischen Union auch durch Wirtschaftskrisen ins Stocken. So schlug in der besonders schweren Integrationskrise in den 1970er Jahren die gesellschaftliche Konvergenz erstmals in Divergenzen um.

Darüber hinaus lässt sich nicht übersehen, dass das gesellschaftliche Zusammenwachsen schon aus geographischen Gründen sehr ungleich verlief. Einige Länder waren gleichsam *ab ovo* enger mit Europa verflochten als andere, Belgien etwa mehr als Ungarn. Als noch wichtiger aber erwies sich, dass die einzelnen Unionsbürger sehr unterschiedlich international verflochten waren und sie die wachsende europäische Integration und damit Verflechtung in Teilen als eine unverzichtbare Chance, in Teilen aber auch als eine Bedrohung auffassten. Dadurch entstanden tiefgehende Spaltungen der europäischen Gesellschaften, die sich nicht nur in antieuropäischen Parteien im Europaparlament wie in den nationalen Parlamenten, sondern auch in heftigen politischen Auseinandersetzungen vor Europa-Referenden niederschlugen. Am spektakulärsten die (knappen) Ablehnungen des Europäischen Verfassungsvertrages in Frankreich und den Niederlanden im Jahr 2005 und das ähnlich knappe Votum im britischen Brexit-Referendum 2016.

Entscheidend aber war, dass die Gesellschaften der Mitgliedstaaten der Europäischen Union – und damit auch Europas als Ganzem – in den vergangenen sechs Jahrzehnten letztlich durchaus zusammenwuchsen. Das gilt für alle der zuvor erwähnten Dimensionen, auf die im Folgenden jeweils nur kurz eingegangen

werden kann. Andere, etwa von Sozialwissenschaftlern, Ethnologen, Ökonomen, Juristen oder Historikern angebotene Kriterien, werden lediglich gestreift.²

Das sichtbarste Element des Zusammenwachsens war und ist die bereits angesprochene Verflechtung der europäischen Gesellschaften, die allerdings nur unzureichend untersucht ist. Nur wenige Soziologen, wie *Steffen Mau*, und wenige Historiker, wie *Andreas Wirsching*, haben dieses Thema nicht nur angesprochen, sondern sich auch den Mühen der empirischen Untersuchung unterworfen. Die europäischen Gesellschaften verflochten sich in vielfacher Weise: Dabei nahm das aktive Kennlernen anderer europäischer Gesellschaften – durch Schüлераufenthalte und Auslandsstudium, durch Migration, durch Ferienreisen, durch Arbeitsaufenthalte und internationale Karrieren, durch internationale Eheschließungen, durch Städte- und Dorfparterschaften oder auch durch Altersitze im Ausland – in den vergangenen Jahrzehnten, vor allem seit den 1990er Jahren, massiv zu. Man hätte sich in den 1950er Jahren nicht vorstellen können, wie viele Europäer an anderen europäischen Universitäten studieren, wie viele Europäer innerhalb Europa migrieren, wie viele in den Ferien oder beruflich in andere Länder Europas reisen, wie leicht man mit anderen europäischen Ländern kommunizieren kann und wie intensiv der Austausch in europäischen Städte- und Dorfparterschaften werden würde. Aber auch das passive, weniger intensive Kennlernen anderer europäischer Länder im eigenen Land, etwa durch importierte Konsumgüter, andere Radio- und Fernsehsender oder durch Besucher und Zuwanderer aus anderen europäischen Ländern, nahm stark zu.³

Es wird oft argumentiert, dass die gesellschaftliche Verflechtung in der Europäi-

- 2 Vgl. als Überblicke mit europäischen Gesellschaften im Fokus: *Mau, S./ Verwiebe, R.*: Die Sozialstruktur Europas, Konstanz, 2009; *Immerfall, S./ Therborn, G.* (Hg.): Handbook of European societies, Berlin, 2008; *Heidenreich, M.* (Hg.): Krise der europäischen Vergesellschaftung, Wiesbaden, 2014; *Schuppert, G./ Pernice, I./ Haltern, U.* (Hg.): Europawissenschaft, Baden-Baden, 2005; *Jachtenfuchs, M./ Kohler-Koch, B.* (Hg.): Europäische Integration, 2.Aufl., Wiesbaden, 2006; *Verley, P.*: Convergence and divergence, in: Palgrave dictionary of transnational history, London, 2013, 208-215; *Thiemeyer, G.*: Europäische Integration. Motive, Prozesse, Strukturen, Stuttgart, 2010; *Shore, C.*: Building Europe. The cultural politics of European integration, London/New York, 2000; *Wirsching, A.*: Der Preis der Freiheit. Geschichte Europas in unserer Zeit, München, 2012; *Schulze-Wessel, M.*: Konvergenzen und Divergenzen in der europäischen Geschichte seit dem Prager Frühling, in: Geschichte und Gesellschaft, voraus. 43 (2017); *Francois, E./Serrier, T.* (Hg.): Les lieux de mémoire européens, 3 Bde., Paris, 2017; *Tomka, B.*: A social history of 20th century Europe, Milton Park, 2013 ; *Kaelble, H.*: Sozialgeschichte Europas. 1945 bis zur Gegenwart, München, 2007.
- 3 Vgl. *Mau, S./ Büttner, S.*: Horizontale Europäisierung und europäische Integration, in: Eigmüller, M./ Mau, S. (Hg.): Gesellschaftstheorie und Europapolitik. Sozialwissenschaftliche Ansätze zur Europaforschung, Wiesbaden, 2010, 274-320; dies.: Transnationality, in: Immerfall, S./ Therborn, G. (Hg.): Handbook of European societies, Berlin, 2008; *Mau, S.*: Transnationale Vergesellschaftung. Die Entgrenzung sozialer Lebenswelten, Frankfurt am Main/New York, 2007; *Wirsching, A.*: Der Preis der Freiheit. Geschichte Europas in unserer Zeit, München, 2012, 269-307; *Kaelble, H.*: Eine europäische Gesellschaft? In: Schuppert, G./ Pernice, I./ Haltern, U. (Hg.): Europawissenschaft, Baden-Baden, 2005, 304-308.

schen Union weit hinter den USA zurückbleibe. Man macht das meist an der inneren Migration fest und behauptet, dass sich die Migration zwischen den amerikanischen Bundesstaaten um Welten von der Migration zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union unterscheide. Tatsächlich kamen um die Jahrhundertwende jährlich über drei Millionen der US-Amerikaner aus anderen Bundesstaaten der USA. Diese Zuwanderung in die Bundesstaaten war zwei- bis dreimal so hoch wie die Zuwanderung aus anderen Mitgliedstaaten in die EU im Jahr 2014, also nach der Krise.⁴ Das ist ein deutlicher, aber kein fundamentaler Unterschied in der amerikanischen und europäischen Verflechtung, vor allem, wenn man bedenkt, dass die Grenzen zwischen den amerikanischen Bundesstaaten schon seit über zweihundert Jahren offen standen, die zwischen den europäischen Staaten hingegen erst seit rund zwanzig Jahren. Der Abstand zu den USA wäre zudem geringer, wenn man die Zuwanderung aus europäischen Nicht-EU-Mitgliedstaaten, vor allem aus der Schweiz, aus Norwegen, aus der Ukraine und aus Südosteuropa, mitberücksichtigte.

Die Konvergenzen zwischen den europäischen Gesellschaften verstärkten sich seit den 1950er Jahren. Die großen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Unterschiede zwischen den Mitgliedsländern der Europäischen Union schwächten sich ab. Das gilt nicht nur für Unterschiede im Bruttosozialprodukt, sondern auch für zentrale gesellschaftliche Bereiche. So reduzierten sich die Differenzen in der Arbeitsorganisation, in der Arbeitslosigkeit, im Ausbildungsniveau, in den Leistungen des Wohlfahrtsstaats, in der Verstärkung, im Konsum, in der sozialen Ungleichheit und sogar in der Familie – bei den Eheschließungen, den Geburtenraten und Lebenserwartungen, auch wenn sich die europäischen Gesellschaften damit natürlich nicht völlig angleichen. Gesellschaftliche Konvergenzen fanden sich vor allem in den Ergebnissen gesellschaftlichen und politischen Handelns, so in der Erwerbstruktur, im Ausbildungsniveau, in den Leistungen des Wohlfahrtsstaats, in der Versorgung mit Wohnungen, während die Institutionen, die Unternehmen, die Schulen und Universitäten, die Sozialstaaten, die Wohnungspolitik und die Familienpolitik oft noch sehr unterschiedlich blieben.⁵

4 *Franklin, R.S.*: Domestic Migration Across Regions, Divisions, and States: 1995 to 2000, in: Census 2000 Special Reports (2003). Der zeitlich versetzte Vergleich zwischen der USA und der EU ist unausweichlich, weil für die USA zu 2014 noch keine Daten erschlossen werden konnten und Eurostat zur EU für die Zeit um 2000 keine Daten anbietet.

5 Vgl. *Wirsching, A.*, a.a.O.; *Ther, P.*: Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa, Berlin, 2014; *Heidenreich, M.*: Die Europäisierung sozialer Ungleichheiten zwischen nationale Solidarität, europäischer Koordinierung und globalem Wettbewerb, in: Heidenreich, M.(Hg.): Die Europäisierung sozialer Ungleichheit, Frankfurt, 2006, S. 24ff.; *Kaitila, V.*: Transnational Income Convergence and National Income Disparity: Europe, 1960-2012, in: Journal of Economic In-

Diese Konvergenz hielt mit den geographischen Erweiterungen in der europäischen Integration durchaus Schritt. Nicht nur zwischen den Gründungsmitgliedern der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft wurden die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Unterschiede abgemildert, wobei Italien das spektakuläre Beispiel des erfolgreichen Aufholens bildete; auch Spanien, Portugal und Griechenland reduzierten nach ihrem Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft in den 1980er Jahren die belastenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Abstände. Schließlich gelang dieses Zusammenwachsen auch mit Blick auf die ostmitteleuropäischen Länder, in geringerem Ausmaß für Bulgarien und Rumänien. Bis zur Eurokrise 2010-2012 erwies sich die Europäische Union mithin als Erfolgsmodell beim Abbau gesellschaftlicher Rückständigkeit. Dieser Prozess entwickelte sich in einem günstigen globalen Kontext. Der Abbau der wirtschaftlichen und sozialen Disparitäten und damit das Aufholen ärmerer Gesellschaften gehört zu den bedeutsamsten globalen Entwicklungen seit den 1980er Jahren.

Auch bei den Wertvorstellungen näherten sich die europäischen Gesellschaften bis 2008, also direkt vor der Finanz- und Eurokrise, an. Die entscheidende und weitestgehende Annäherung fand sich bei den liberalen Werten der Menschenrechte, der Friedenssicherung und des Schutzes des menschlichen Lebens. In fast allen Mitgliedsländern der Europäischen Union sahen die Bürger diese als die wichtigsten europäischen Werte an. Das war keine Selbstverständlichkeit, die seinerzeit mehr oder weniger lange zurückliegenden Diktaturen in Griechenland, Spanien und Portugal, im östlichen Europa, in Deutschland und in Italien hätten durchaus stärker nachwirken können. Entscheidend war, dass in fast allen Mitgliedsländern eine Mehrheit der Meinung war, die Europäer seien sich in diesen Werten näher gekommen. Diese gemeinsame Wertorientierung war also nicht etwa nur eine Feststellung der sozialwissenschaftlichen Forschung. Direkt vor der Krise war das Bewusstsein der Gemeinsamkeit sogar noch stärker. Während 2006 nur 48 % der Europäer in der Europäischen Union diese Gemeinsamkeit der Werte sahen, fand sich 2008 eine Mehrheit von 54 %.⁶ Auch der Wert der Solidarität mit anderen europäischen Gesellschaften wurde breit vertreten.⁷ Die Vorstellung von einer Wertegemeinschaft verband sich vermutlich auch mit der damaligen politischen Situation: der erfolgreichen Übereinkunft zum Vertrag von Lissabon.

egration, 29 (2014), 343-371; Kaelble, H.: Sozialgeschichte, a.a.O., 415 ff.; Kaelble, H.: Gesellschaft, a.a.O., 302ff.; gleichartige „Basisinstitutionen“ mit unterschiedlichen „institutionellen Arrangements“: Mau, S./ Verwiebe, R., a.a.O., 53ff., 62ff.

6 Eurobarometer Nr.69, Spring 2008, 6.

7 Gerhards, J./ Lengfeld, H.: Wir, ein europäisches Volk. Sozialintegration Europas und die Idee der Gleichheit aller europäischer Bürger, Wiesbaden, 2013.

Allerdings richtete sich dieser Konsens nicht auf alle Werte. Gemeinsamkeiten gab es, wie die Europäische Wertestudie zeigt, auch in vielen Familien-, Arbeits- und Erziehungswerten, doch lagen die Europäer besonders in drei Wertkontexten weit auseinander, die später in der Krise politisch verstärkt in den Vordergrund treten sollten: der Religiosität, der Bindung an die Nation und der Bewertung von Migration. Schon in den 1980er und 1990er Jahren fand sich mit Blick auf die religiösen Werte eine beträchtliche Spreizung zwischen den damaligen und zukünftigen Mitgliedsländern. Während die Religiosität in Polen, Österreich, Spanien, Portugal und Irland noch stark verankert war, hielt in Schweden, der DDR, in Tschechien und in Bulgarien nur noch eine Minderheit der Bevölkerung daran fest. Nationalstolz wurde dagegen in Großbritannien und Österreich noch von der Hälfte der Bevölkerung, in Griechenland, Polen und Irland sogar von zwei Drittel oder mehr, in den Niederlanden, Deutschland und in Ungarn aber nur noch von einem Viertel der Bevölkerung empfunden. Und in Immigrationsfragen gingen die Vorbehalte zwar immer mehr zurück, doch waren sie je nach Land sehr unterschiedlich. All diese Unterschiede in der Wertorientierung folgten weder den Nord-Süd-Unterschieden, noch den Ost-West-Trennlinien des Kalten Krieges. Auf jeden Fall war Europa nicht durchweg der säkularisierte, postnationale und weltoffene Kontinent, für den es manche zeitgenössischen Beobachter hielten, sondern in wichtigen Werten eher noch uneinig, freilich auch nicht uneiniger als heutige Großgesellschaften wie die USA.⁸ Nur waren die etwas umstrittener angelegten Werte wie Religion, Nation und Immigration vor der Finanz- und Eurokrise selten kontroverse Themen der europäischen Politik. Was damals in der Politik zählte, war vor allem die Errungenschaft gemeinsamer demokratischer Werte nach dem Ende des Kalten Krieges.

Schließlich war auch die Unterstützung der immer kompetenzstärkeren Europäischen Union durch die Bürger ein wesentlicher Bestandteil des gesellschaftlichen Zusammenwachsens. Die Europäische Union wurde vor der Finanz- und Eurokrise 2008-2012 in fast jedem Mitgliedsland von einer Mehrheit der Bürger unterstützt. Besonders breit war diese Mehrheit in den südlichen Mitgliedstaaten, dort besonders in Portugal und Spanien. Aber auch in den neuen Mitgliedsländern Ostmitteleuropas und Osteuropas war sie meist hoch. Die einzigen bedeu-

8 Vgl. Joas, H./ Wiegandt, K. (Hg.): Die kulturellen Werte Europas, Frankfurt, 2005; Gerhards, J.: Kulturelle Unterschiede in der Europäischen Union. Ein Vergleich zwischen Mitgliedsländern, Beitrittskandidaten und der Türkei, Wiesbaden, 2005; Pollack, D. (Hg.): Religion und gesellschaftliche Differenzierung: Studien zum religiösen Wandel in Europa und den USA III., Tübingen, 2016; Kaelble, H.: Sozialgeschichte, a.a.O., 136ff.; European Value Study. Official Homepage; Ashford, S./Timms, N.: What Europe Thinks. A Study of European values, Aldershot, 1995.

tenden und dauerhaften Ausnahmen waren aus unterschiedlichen Gründen Großbritannien, in dem die Europagegner oft stärker waren als die Europabefürworter, aber auch Österreich und Ungarn. Zudem wurde die Unterstützung der Europäischen Union seit dem Fall des Eisernen Vorhangs etwas schwächer als in den 1980er Jahren, als die Unterstützung kontinuierlich bis auf über 70 % (1990) angestiegen war. Der Rückgang in den 1990er Jahren hatte viel mit der Normalisierung der europäischen Politik zu tun, da die Europäische Union seit dem Maastricht-Vertrag stärker in das Alltagsleben der Bürger eingriff und deshalb, ähnlich wie nationale Regierungen, unter den Unionsbürgern stärker auf Kritik stieß. Darüber hinaus wurden hochfliegende Erwartungen der Bevölkerung nach dem Maastricht-Vertrag durch unpopuläre oder auch ausbleibende Entscheidungen der Union enttäuscht. Gleichwohl wurde sie auch weiterhin von etwas mehr als der Hälfte der Unionsbürger als nützlich und als vertrauenswürdig eingeschätzt. Die Gegner überstiegen selten die 15 %-Marke. Die Europäische Union erhielt schließlich meist auch ein höheres Vertrauen als die Nationalregierungen.⁹ Auch deshalb konnte 2007 zum fünfzigsten Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge von der EU als einer außergewöhnlichen Errungenschaft und einem Modell für regionale Zusammenschlüsse anderswo in der Welt gesprochen werden.

Das Zusammenwachsen blieb aber deutlich begrenzt. Nationen und Regionen bildeten weiterhin wichtige Bezugspunkte der Identität. Starke Unterschiede in bestimmten Werthaltungen blieben erhalten, vor allem in der Religion, im Nationalbewusstsein, aber auch bei familiären und sexualmoralischen Themen. Gemeinsame europäische Sozialversicherungen wurden nicht geschaffen. Die nationalen Sozialpolitiken beeinflussten sich zwar wechselseitig stark, lernten auch gezielt voneinander, blieben aber nationalstaatlich ausgerichtet und gingen durchaus unterschiedliche Wege. Eine europäische Sozialpolitik bildete sich nur in wenigen Feldern.¹⁰ Auch Arbeitskonflikte und industrielle Beziehungen unterschieden sich stark und wurden weiterhin national oder auf Betriebsebene, kaum dagegen europäisch geregelt. Europäische Tarifverträge oder europäische Streiks

- 9 Vgl. für Langzeitüberblicke und Länderunterschiede: Eurobarometer Nr. 32, Okt. 1989, 7f.; Eurobarometer Nr. 53, Mai 2000, 7f.; Eurobarometer Nr. 70, Okt./Nov. 2008, 138ff.; Kaelble, H.: Politisierung und Identifizierung mit der Europäischen Union während der 1980er und 1990er Jahre, in: Bachem-Rehm, M./Hiepel, C./Türk, H. (Hg.): Teilungen überwinden. Europäische und internationale Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert, München, 2014, 587-597.
- 10 Vgl. *Offe, C.*: Europa in der Falle, Berlin, 2016; *Eigmüller, M.*: Europeanization from below: the influence of individual actors on the EU integration of social policies, in: Journal of European Social Policies, 23 (2013), 363-378; *Barbier, J.-C.*: La longue marche vers l'Europe sociale, Paris, 2015; *Kaelble, H.*: Das soziale Europa, in: Metzler, G./Werner, M. (Hg.): Saisir l'Europe – Europa als Herausforderung, Frankfurt a. M., 2017, i. E.

fanden sich nicht, trotz des Aufkommens europäischer Unternehmen.¹¹ Schließlich baute die europäische Integration auch nicht auf einer Bewegung von unten auf. Die europäische Integration war – wie in der Regel auch die Nationenbildung – ein von oben durchgesetztes und selbst in den Eliten durchaus umstrittenes Projekt. Dies änderte sich allerdings schrittweise, zumal die Union seit den 1980er Jahren tief in das Alltagsleben hineinwirkte und damit auch in das Spannungsfeld zwischen Eliten und Bevölkerung geriet.

Das Zusammenwachsen der europäischen Gesellschaften ist unterschiedlich begründet. Es begründet sich teilweise mit Entscheidungen der Europäischen Union, etwa mit der Schaffung des europäischen Binnenmarkts, mit dem Ende der Grenzkontrollen im Schengenraum, mit dem Abbau der horrenden internationalen Gebühren für Telefonate und Banküberweisungen, mit der Einführung des Euro und dem Ende des teuren Geldwechslens, mit der Schaffung eines Studien- und Forschungsraums durch das Erasmusprogramm und durch die europäischen Forschungsprogramme, überhaupt mit der direkten und indirekten Politik der Harmonisierung der Europäischen Union und der Schaffung eines europäischen Rechts. Ausschlaggebend war zudem, dass sich nach dem Zweiten Weltkrieg in Europa ein gemeinsames gesellschaftliches Modell der Arbeit, der Familie, des Individuums, der Ausbildung, des Konsums, des Wohlfahrtsstaats und des Abbaus sozialer Ungleichheit durchsetzte. Es besaß viele nationale Varianten und auch tiefe Ost-West Differenzen, gleichzeitig aber doch so starke gemeinsame Züge, dass sich West- und Osteuropäer nach 1989 gesellschaftlich relativ rasch verständigen konnten. Ein weiterer, allerdings globaler Grund für das Zusammenwachsen waren technologische und wirtschaftliche Entwicklungen, wie das erleichterte Reisen durch schnellere Züge und die enorme Verbilligung der Flüge, die verbesserte internationale Kommunikation durch das Satellitenfernsehen und die Privatisierung von Fernseh- und Rundfunkanstalten, das automatische Telefon und das Fax und dann vor allem die Entstehung des Internets und das rapide Anwachsen des globalen Austauschs von Waren und Dienstleistungen. Schließlich war ein oft übersehener Grund die globale Bildungsinnovation des Erlernens von Fremdsprachen, nicht mehr nur in schmalen Eliten, sondern von der Mehrheit der Europäer. Das Zusammenwachsen der europäischen Gesellschaften verlief dabei durchaus parallel zu globalen Verflechtungen und

11 Vgl. *Ebbinghaus, B./Visser, J.*: The societies of Europe. Trade unions in Western Europe since 1945, New York/London, 2000; *Fetzer, T.*: Europäische Strategien deutscher Gewerkschaften in historischer Perspektive, in: *Knodt, M. et al. (Hg.)*: Europäische Zivilgesellschaft, Wiesbaden, 2005; 299-318; *Kaiser, W./Leucht, B. (Hg.)*: Netzwerke im europäischen Mehrebenensystem, Wien, 2009; *Mittag, J.*: Gewerkschaften zwischen Europäisierung und Stagnation, in: *APuZ*, 13-14 (2010), 40-46.

Konvergenzen, ging aber darüber hinaus. Besonders dicht verflochten sich die europäischen Gesellschaften untereinander in Bereichen wie dem Auslandsstudium, der Migration, den Geschäfts- und Ferienreisen sowie den grenzüberschreitenden Partnerschaften von Gebietskörperschaften.

Das Zusammenwachsen hatte auch damit zu tun, dass die Gründe für eine Reihe von Divergenzen entfielen: Die enormen Disparitäten, die die Industrialisierung des 19. und frühen 20. Jahrhunderts in Europa (und in der Welt) hervorgerufen hatte, wurde durch die Industrialisierung der europäischen Peripherie in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts abgemildert. In Europa geschah das schon seit den 1960er Jahren, nicht erst seit den 1980er Jahren wie in der Welt als Ganzem. Zudem wurden die enormen Disparitäten, die die beiden Weltkriege in Europa ausgelöst hatten, in der langen Friedenszeit seit 1945 langsam abgeschliffen. Die scharfen politischen Gegensätze zwischen Ost und West, die während des Kalten Krieges aufgebaut wurden, gingen nach dem Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums und nach der schwierigen Transition der frühen 1990er Jahre allmählich zurück.

II. Die gesellschaftlichen Auswirkungen der Finanz- und Eurokrise 2008-2012

Die wirtschaftliche und politische Krise der Europäischen Union seit 2008 wirkte sich auf das gesellschaftliche Zusammenwachsen der Europäischen Union in vielfacher Hinsicht aus: Sie veränderte die Verflechtungen zwischen den europäischen Gesellschaften, die Konvergenz zwischen ihnen, die Werte und das Vertrauen der Unionsbürger in die Europäische Union. Der Rechtspopulismus, der sich gegen das Zusammenwachsen stellte, nahm zu. Doch wie bedrohlich wurden diese gesellschaftlichen Auswirkungen der Krise? Stellten sie wirklich eine Gefahr für das gesellschaftliche Zusammenwachsen der Europäischen Union dar? Sehen wir uns diese mit der Finanz- und Eurokrise verbundenen gesellschaftlichen Krisensymptome genauer an.¹²

Die wirtschaftliche Konvergenz der weit differierenden Wirtschaften der Mitgliedstaaten und das wirtschaftliche Aufholen der ärmeren unter ihnen, ein zentrales Ziel der Europäischen Union, kam während der Krise 2008-2012 in der

12 Vgl. zu den gesellschaftlichen Auswirkungen der Krise: *Heidenreich, M.* (Hg.): *Krise der europäischen Vergesellschaftung? Soziologische Perspektiven*, Wiesbaden, 2014, 31-51; *Offe, C.*, a.a.O.; *Gerhards, J./Lengfeld, H.*: *European Citizenship and Social Integration in the European Union*, London/New York, 2015; *Kaelble, H.*: *Steckt die Europäische Union in der schwersten Krise seit 1950?*, in: *Stock, G./Markschies, C./Hauer, S.* (Hg.): *Zukunftsort Europa*, Berlin, 2015, 111-120.

Europäischen Union zu einem Stillstand. Die ärmeren Mitgliedsländer holten nicht mehr weiter auf. Für die südlichen Mitgliedstaaten schlug die Konvergenz sogar in Divergenz um. Sie fielen hinter das durchschnittliche Wirtschaftswachstum der Europäischen Union zurück. Das Bruttosozialprodukt sank in Griechenland kontinuierlich und erholte sich auch in Spanien, Portugal und Italien während der Krisenjahre nicht. Andererseits setzte in einer Reihe von wohlhabenden Ländern das Wirtschaftswachstum rasch wieder ein.¹³ Daher wurde befürchtet, dass während der Krise die bisherigen Konvergenzen zwischen den Mitgliedsländern in längerfristige Divergenzen umschlagen und die Europäische Union ihr Versprechen des Aufholens der ärmeren Mitgliedsländer nicht mehr einhalten könne. Ein wesentlicher Bestandteil der Erfolgsgeschichte der Europäischen Union schien damit verloren. Manche Autoren sahen den entscheidenden Grund hierfür in der Austeritätspolitik der Europäischen Union, die vor allem auf die südlichen Mitgliedsländer angewandt wurde und deren wirtschaftliche Entwicklung bremste. Andere Forscher suchten die Gründe in den unterschiedlichen Wachstumsblockaden jedes einzelnen der südeuropäischen Länder. Die in Italien und Griechenland erkennbaren Blockaden wurden als besonders gravierend eingeschätzt.¹⁴

Einige Jahre nach der Eurokrise sieht es allerdings nicht nach einem dauerhaften Trend der Auseinanderentwicklung der europäischen Wirtschaften, gemessen am Bruttosozialprodukt, aus. Gewiss ist der zeitliche Abstand zur Eurokrise noch zu kurz, um eine belastbare Trendaussage zu formulieren. Aber man sollte doch zwischen drei Wirkungen der Krise unterscheiden, wobei sich dieser Beitrag auf die Unterschiede im Bruttosozialprodukt zwischen ärmeren und wohlhabenderen Mitgliedstaaten beschränken muss. Die Krise riss ohne Zweifel neue wirtschaftliche Divergenzen zwischen den wohlhabenden und den südlichen Mitgliedsländern auf. Diese neue Nord-Süd-Divergenz entwickelte sich allerdings nach der Krise sehr unterschiedlich. Die Divergenzen nahmen für Griechenland und Italien tatsächlich weiter zu. Der Abstand zur Wirtschaftsleistung der Europäischen Union wurde auch nach der Krise immer größer, wobei dies das ärmere Grie-

13 Alle ärmeren Länder der EU zusammengenommen konnten ihren Abstand zum Durchschnitt des BSP der EU zwischen 2008 und 2012 nur von 56 % auf 59 %, also nicht mehr nennenswert, verbessern. Der Abstand der Südländer (unter ihnen auch das wohlhabende Italien) fiel von 78 % auf 72 % ab. Berechnet nach den Angaben von Eurostat (derzeit nur bis 2014 verfügbar).

14 Vgl. *Dauderstädt, M.*: Konvergenz in der Krise. Europas gefährdete Integration, in: FES Internationale Politikanalyse, 9 (2014); *Goecke, H.*: Europa driftet auseinander. Ist dies das Ende der realwirtschaftlichen Konvergenz?, in: *IW-Trends* 4 (2013), 67-80; *Hishow, O. N.*: Divergenz statt Konvergenz in der Wirtschafts- und Währungsunion? Ein währungstheoretisch begründetes Plädoyer für eine andere Währungsunion, Berlin, 2013; *Filipetti, A./Peyrache, A.*: Is the convergence over? Labour productivity and the technology gap in the EU, in: *Journal of Common Market Studies*, 51 (2013), 1006-1022.

chenland härter traf als das wohlhabendere Italien. Für Spanien und Portugal waren dagegen die Divergenzen nach der Krise beendet. Die wirtschaftlichen Abstände zum europäischen Durchschnitt wurden zwar noch nicht wieder abgebaut, aber auch nicht weiter verschärft.¹⁵ Darüber hinaus sind in der Europäischen Union als Ganzem während der Krise und nach der Krise keine Divergenzen zwischen wohlhabenden und ärmeren Mitgliedsländern zu erkennen. Die Krise hatte somit zur Folge, dass der Rückstand nicht mehr spürbar abgebaut wurde. Während der Krise und seit der Krise ging er nur noch minimal zurück. Die Konvergenz ist damit fast ganz zum Stillstand gekommen. Gleichwohl büßte die Europäische Union ihre vorhergehenden Errungenschaften in der Krise nicht völlig ein, auch löste sie keine dauerhaften neuen Divergenzen zwischen reicheren und ärmeren Mitgliedsländern aus.¹⁶ Schließlich finden sich auch für die Eurozone, die als Währungszone gegenüber wirtschaftlichen Disparitäten besonders sensibel ist, keine Anzeichen für eine dauerhafte wirtschaftliche Auseinanderentwicklung.¹⁷

Die Europäische Union steht allerdings seit der Krise vor drei neuen Problemen: Die Konvergenzen zwischen wohlhabenderen und ärmeren Mitgliedstaaten tendieren inzwischen gegen null. Zwei südliche Länder, Italien und Griechenland, sehen sich darüber hinaus tatsächlichen neuen Divergenzen gegenüber. Schließlich entstanden neue Divergenzen auch zwischen den wohlhabenden Ländern, die sehr unterschiedlich aus der Krise herausgekommen sind.

Entstanden durch die Krise aber auch gesellschaftliche Disparitäten, die das Bruttosozialprodukt nicht abbildet, mithin nicht erkennen lässt? In anderen wichtigen gesellschaftlichen Bereichen, etwa in der Arbeitslosigkeit, bei der Armutsverteilung, in den Lohneinkommen und bei der Bildung erhöhte die Krise die Divergenzen zwischen den Mitgliedsländern, ein Prozess, der sich nach der Krise allerdings nicht fortsetzte. Mit Blick auf die Arbeitslosigkeit etwa nahmen die Divergenzen innerhalb der Europäischen Union während der Eurokrise stark zu. Noch um 2008 lag die Arbeitslosigkeit der ärmeren Länder im Durchschnitt gleichauf mit den wohlhabenderen. Die Krise ließ die Arbeitslosigkeit dann fast überall in der Europäischen Union ansteigen: von 7 % auf 11 %, in den ärmeren Ländern aber noch krasser von 7 % auf 13 %, vor allem in Griechenland und Spanien. Nach der Krise fiel die Arbeitslosenquote bis 2015 für die gesamte EU dann wieder auf 10 %, in den ärmeren Ländern auf 11 % ab. Der Abstand ver-

15 Berechnet nach OECD <https://data.oecd.org/gdp/gross-domestic-product-gdp.htm>.

16 Ebd.; vgl. auch *Kaitila, V.*, a.a.O., 343-371.

17 2010 lag das BSP der ärmeren Länder bei 78 % des Durchschnitts der Eurozone, 2012 nur noch bei 73 %, 2015 wieder bei 75 %. Berechnet nach OECD <https://data.oecd.org/gdp/gross-domestic-product-gdp.htm>.

ringerte sich damit wieder, fiel aber bis 2015 noch nicht auf das Niveau vor der Krise zurück. In der engeren Eurozone fand sich eine ähnliche, wenn auch etwas ungünstigere Entwicklung: Vor Krisenbeginn 2008 lag die Arbeitslosigkeit hier bei 8 %, in den ärmeren Mitgliedsländern sogar noch etwas darunter. 2012 litt die Eurozone unter starken Disparitäten von über 11 % Arbeitslosigkeit in der gesamten Zone und 15 % in deren ärmeren Mitgliedstaaten. Bis 2015 fiel die Arbeitslosigkeit auf knapp unter 11 % in der ganzen Eurozone und auf 12 % in den ärmeren, teilweise neuen Mitgliedsländern, also ein schwacher Rückgang der Arbeitslosigkeit, aber ein deutlicher Rückgang der inneren Disparitäten. Man muss allerdings hinzufügen, dass auch wohlhabendere Mitgliedsländer der Eurozone, wie Frankreich, Italien, Finnland und Österreich, seit 2012 keinen wirklichen Rückgang der Arbeitslosigkeit erlebten.¹⁸

Ganz ähnlich die Konvergenz der Lohneinkommen. Auch sie setzte während der Krise aus. Noch bis 2008 waren die Lohneinkommen in den 14 ärmeren Mitgliedsländern auf 45 % des Durchschnitts der Europäischen Union angestiegen. Sie fielen während der Krise bis 2012 auf nur noch 38 %, stiegen danach (bis 2015) aber wieder auf 42 % an.¹⁹ Die Armut entwickelte sich ebenfalls in diese Richtung. Die Unterschiede, verstanden als materielle Deprivation, verschärfen sich während der Krise; nach der Krise ging der Rückstand Ostmitteleuropas gegenüber dem Durchschnitt der Europäischen Union wieder zurück und auch der Abstand der südlichen Länder stieg nicht mehr weiter an.²⁰

Die Unterschiede in der Bildungsbeteiligung verschärfen sich während der Krise ebenfalls. In den meisten ärmeren Ländern der Union sanken die Schüler- und Studentenzahlen, in den meisten wohlhabenden Ländern stiegen sie, zumal genügend (private) finanzielle Reserven verfügbar waren, um die Schwäche des Arbeitsmarktes durch Ausbildung zu überbrücken.²¹ Die ärmeren Länder verloren damit wichtiges wirtschaftliches und gesellschaftliches Zukunftspotential. Die Statistiken der EU bieten derzeit leider noch keine Antwort darauf, ob sich auch diese Disparitäten (in der Ausbildung) nach der Krise wieder abmilderten.

18 Eurostat, Arbeitslosendaten nach Geschlecht und Alter – Jahresdurchschnitte. Nach den noch unvollständigen Daten für 2016 ging die Arbeitslosigkeit und der Abstand der ärmeren Länder zum Durchschnitt der Europäischen Union weiter zurück und näherte sich der Situation von 2008 an. Bei der Berechnung der Divergenzen der Eurozone wurde der jeweilige Mitgliedsstand zugrunde gelegt.

19 Berechnet für den besonders flexiblen Nettojahresverdienst für Alleinstehende ohne Kinder; in: Eurostat.

20 *Darvas, Z./Wolff, G. B.*: An anatomy of inclusive growth in Europe, Brüssel, 2016, 46ff.; vgl. auch *Kaelble, H.*: Mehr Reichtum, mehr Armut. Geschichte der sozialen Ungleichheit im 20. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Frankfurt, 2017, 117ff.

21 Eurostat: Schüler und Studenten 2001-2012. Die OECD berichtet bis 2014, aber deckt viele ärmere europäische Länder nicht ab.

Insgesamt deutet Vieles darauf hin, dass die gesellschaftlichen Divergenzen, die die Finanz- und Eurokrise hervorrief, sich allmählich wieder abschwächen und das aus der Krise der 1970er Jahre bekannte Muster sich zu wiederholen scheint, nach dem Wirtschaftskrisen vorübergehend zu Divergenzen führen, die aber im Rahmen normaler Konjunkturzyklen wieder in Konvergenzen umschlagen.

Die Verflechtung zwischen den europäischen Gesellschaften schwächte sich in der Krise ebenfalls ab. Am spürbarsten war dies im Bereich der Migration. Die Zuwanderung ging in den meisten europäischen Ländern während der Krise zwischen 2008 und 2012 zurück, in den ärmeren ebenso wie in den wohlhabenderen Mitgliedsländern, allerdings mit der politisch folgenreichen Ausnahme Frankreichs und Polens. Man kann davon ausgehen, dass damit auch die Zuwanderung aus den anderen Mitgliedsländern der Europäischen Union abnahm und sich daher die Verflechtung in der Union während der Krise abschwächte, freilich mit großen Unterschieden zwischen den Mitgliedsländern. Gleichzeitig stieg die Abwanderung aus den meisten europäischen Ländern (mit Ausnahme Deutschlands und Österreichs) an. Allerdings war diese Abschwächung nicht von Dauer. Nach der Krise stieg die Zuwanderung oft wieder auf das alte Niveau oder noch weiter an, erneut mit großen Unterschieden zwischen den Mitgliedsländern. Die Abwanderung ging zumindest teilweise wieder zurück.²² Erst für 2013 und 2014 lässt sich wirklich nachverfolgen, ob die Zuwanderung aus der Europäischen Union selbst oder von außerhalb kam. Nach der Krise wanderten 2014 rund 1,3 Mio. Unionsbürger aus anderen Ländern der Europäischen Union zu, ungefähr ein Drittel aller 3,7 Mio. Zuwanderer. Damit dürften die Zahlen der Migrationsverflechtungen vor der Krise wieder erreicht worden sein.²³

Es gibt allerdings keine Hinweise darauf, dass die Verflechtungen auch in anderen Dimensionen während der Krise zurückgingen und danach wieder anstiegen. Die Verflechtung durch das Auslandsstudium wurde während der Krise nicht erkennbar abgebremst. Die Zahl der Erasmus-Studierenden stieg zwischen 2008 und 2012 im gleichen Tempo an wie zuvor.²⁴ Ferienreisen und Geschäftsreisen innerhalb der Europäischen Union wurden durch die Krise ebenfalls nur sehr kurz angebremst.²⁵

22 Eurostat: Einwanderung, 2003-2014; Auswanderung 2003-2014.

23 Eurostat: Einwanderung nach Geschlecht, fünfjährigen Altersgruppen und Staatsangehörigkeit 2013-2014. Vor der Krise 2008 wanderten rund 3 Mio. in die Europäische Union ein.

24 *European Commission*: Erasmus. Facts, Figures and Trends. The European Union support for student and staff exchanges and university cooperation in 2013-20, 2015.

25 Vgl. für den deutschen Fall: *Szibalski, M.*: Inlandstourismus 2011 – das Wachstum setzt sich fort, in: Statistisches Bundesamt: Wirtschaft und Statistik, April 2012, 320-331 (behandelt auch Auslandstourismus und das große Gewicht der Europäer unter den Reisenden aus dem Ausland).

Insgesamt hat sich also die Verflechtung in der Krise etwas abgeschwächt. Auch dies war aber, von einzelnen Mitgliedsländern abgesehen, nicht von Dauer. Ob die Flüchtlingswelle von 2015/16 und die Brexit-Entscheidung 2016 die Verflechtung der Mitgliedsländer durch Migration wieder abbauen wird, lässt sich noch nicht abschätzen.

Auch die Divergenzen in den Wertvorstellungen der Europäer wurden in der Krise stärker. Jedenfalls standen die Unionsbürger der Gemeinsamkeit der Werte am Ende der Krise etwas skeptischer gegenüber als vor der Krise. 2008 glaubten noch 54 % der Befragten an die Gemeinsamkeit der Werte, 2012 nur noch 49 %. Auch diese etwas größere Skepsis entstand in dem neuen Nord-Süd-Gegensatz. Sie stieg seit 2008 besonders scharf im Süden, in Spanien, in Portugal, in Griechenland und in Italien, daneben aber auch in Frankreich und Belgien. Im Norden dagegen, in Deutschland, Österreich, Finnland, Großbritannien, aber auch Polen, nahm sie eher ab. Bei der genaueren Nachfrage nach den Werten, die nicht mehr gemeinsam geteilt würden, stellte sich heraus, dass bei den von den Bürgern als am wichtigsten angesehenen europäischen Werten – Sicherung des Friedens in Europa, Wahrung der Menschenrechte, Schutz des menschlichen Lebens – weiterhin starke Gemeinsamkeiten bestanden. Große Unterschiede fanden sich dagegen bei der Frage nach den Vorzügen der Immigration. Die Europäer waren 2012 gespalten. 49 % sahen Immigration als nützlich an, 43 % lehnten sie ab.²⁶ Auch die Schuldenpolitik der Europäischen Union spaltete die Unionsbürger.²⁷ Insgesamt blieben die liberalen Freiheitswerte aber eine wichtige Gemeinsamkeit. Die Divergenzen in der heftig diskutierten Bewertung der Immigration und der Schuldenpolitik nahmen in der Krise zu und erhielten sich auch nach der Krise.²⁸

Für die Unterstützung der Europäischen Union unter den Unionsbürgern hatte die Krise auf den ersten Blick nur eine vorübergehende Auswirkung, sie brach in der Eurokrise 2010-2012 ein. Die Gegner der Europäischen Union waren 2012 sogar ebenso zahlreich wie deren Befürworter. Aber schon Ende 2013 begann die Unterstützung für die Europäische Union wieder zu überwiegen und kehrte Anfang 2015 auf das Niveau von 2009 zurück. Sie sank während der Flüchtlingskrise 2015/16 in der Gesamtheit der Europäischen Union dann wieder ab, allerdings nicht so stark wie in der Finanz- und Eurokrise, und stieg im Herbst 2016 erneut an.

Aber es gab doch auch dauerhafte Auswirkungen der Finanz- und Eurokrise auf

26 Eurobarometer Nr. 66, Herbst 2006, 32; Eurobarometer Nr. 69, Frühjahr 2008, 4ff.; Eurobarometer Nr. 77, Frühjahr 2012, passim.

27 Eurobarometer Nr. 79, Frühjahr 2013, 31.

28 Vgl. Eurobarometer Nr. 83, Spring 2015, 153f. (Immigration), 206f. (Schuldenpolitik).

die Unterstützung der Europäischen Union durch die Bürger. Die Zahl der Gegner der Europäischen Union blieb nicht nur größer als vor der Krise, es entstand zudem eine neue Geographie der Unterstützung und Ablehnung. Vor der Krise unterstützte der Süden Europas die Europäische Union, während im Norden Skandinavien und Großbritannien besonders skeptisch waren. Diese Geographie der Unterstützung wandelte sich. Der Süden unterstützt die Europäische Union jetzt weit weniger. Am zahlreichsten sind die Gegner in Griechenland und Zypern, gewichtig sind sie auch in Italien, weniger stark in Portugal, gar nicht in Spanien. Der nördliche und östliche Teil der Europäischen Union stützt die Europäische Union weiter. Größer wurde die Unterstützung nur in Skandinavien. Im speziellen Fall Großbritanniens überwogen nach dem Brexit im Herbst 2016 sogar, erstmals seit langem, die Befürworter der Union. Auch in Ostmitteleuropa und Osteuropa blieb die Unterstützung der Europäischen Union hoch, in Polen ebenso wie in den baltischen Republiken, Rumänen und Bulgarien. Nur in Österreich, in Tschechien und Ungarn überwog die Skepsis. Im Westen der Europäischen Union, in Frankreich, Belgien, den Niederlanden und Deutschland nahm die Gegnerschaft zwar zu, aber die Befürworter blieben meist in der Mehrheit. In Deutschland fiel die Unterstützung während der Flüchtlingskrise im Frühjahr 2016 dramatisch, aber nur kurzfristig, ab; im Herbst 2016 lag die Unterstützung der Union wieder über dem Durchschnitt der EU. Nach der Eurokrise entwickelte sich eher der nördliche und der östliche Teil Europas als der Raum der Unterstützung der Europäischen Union durch die Bürger.²⁹

III. Schlussbetrachtung

Das Zusammenwachsen der europäischen Gesellschaften in den vergangenen sechzig Jahren war beeindruckend: die Gesellschaften verflochten sich wie nie zuvor in modernen Zeiten, die wirtschaftlichen und sozialen Konvergenzen waren substantiell, der wirtschaftliche und soziale Abstand der ärmeren Mitgliedsländer verringerte sich spürbar. Die gemeinsamen Werte waren weit stärker als im 19. Jahrhundert und die Unterstützung der europäischen Einrichtungen durch die europäischen Bürger war breit, ohne dass sie deshalb ihre nationalen und regionalen Identitäten aufgaben. Dieses gesellschaftliche Zusammenwachsen stieß sicher auch an Grenzen, vor allem gegenüber den Werten der Religion, der

29 Für die generelle Entwicklung und für die einzelnen Länder: Eurobarometer Nr. 69, Frühjahr 2008, Nr. 80, Herbst 2013, Nr. 86, Herbst 2016; für Deutschland: Eurobarometer 85, Frühjahr 2016, 19 (Positives und negatives Bild der EU gleichauf bei 29 %); Eurobarometer 86, Herbst 2016, 17 (Positives Bild der EU 37 %, negatives Bild 21 %); Parlemeter 2016, Sept/Okt 2016, 16f. (Wieder starke Unterstützung durch 71 % und Ablehnung durch 9 % bei etwas anderer Frage als bei Eurobarometer).

Nation und der Migration, in Streiks und Tarifbeziehungen, in der europäischen Sozialpolitik oder auch in den sozialen Bewegungen, der europäischen Integration von unten. Und doch gehört das europäische Zusammenwachsen in den vergangenen sechzig Jahren zur Lebensweise großer Teile der Bevölkerung Europas.

Dieses Zusammenwachsen war vor allem beeindruckend im Vergleich zu den europäischen Gesellschaften vor 1945. Nur eine schmale Elite war seinerzeit internationalisiert, reiste vor 1914 ohne Pässe durch Europa, sprach mehrere Sprachen und heiratete grenzüberschreitend. Dagegen war die Masse der europäischen Bevölkerung durch die disparate Industrialisierung, durch den Aufstieg der Nation und durch regionale und lokale Bindung, später durch die Weltkriege, tief gespalten. Die europäische Verflechtung der vergangenen sechzig Jahre hingegen ging weit tiefer, verflocht auch große Teile der Bevölkerung, näherte die europäischen Gesellschaften aneinander an, schuf gemeinsame Werte und mündete in eine breite Unterstützung für die europäischen Organe und Einrichtungen.

Ohne Zweifel veränderte sich dieses gesellschaftliche Zusammenwachsen durch die Finanz- und Eurokrise 2008-2012. Das gilt nicht nur für die Politik, etwa durch das Aufkommen europafeindlicher Parteien, die Wahl EU-aversiver Regierungen, etwa in Polen und Ungarn, und die zum Brexit führenden Bewegungen. Sie verlangsamte auch das gesellschaftliche Zusammenwachsen Europas, bremste das wirtschaftliche Aufholen der ärmeren Mitgliedsländer, hemmte weitere migrationsbedingte Verflechtungen, brachte Gegensätze im europäischen Wertekanon zum Ausdruck und schwächte die Unterstützung der Bürger für die Europäische Union. Aber sie konnte das erreichte gesellschaftliche Zusammenwachsen Europas nicht zerstören oder auch nur massiv zurückdrängen. Der Rückstand der ärmeren Mitgliedsländer verschärfte sich nicht dauerhaft (von Italien und Griechenland abgesehen) und auch Migrationsprozesse nahmen nach der Krise ihre alte Dynamik wieder auf. Andere Verflechtungsformen, wie das Auslandsstudium, wurden durch die Krise kaum berührt. Die liberalen politischen Grundwerte verblieben ebenso wie die arbeits- und familienbezogenen Grundhaltungen nicht dauerhaft auseinander liefern. Zudem verstärkte sich die bürgerschaftliche Unterstützung der Europäischen Union wieder. Die gesellschaftlichen Auswirkungen der Finanz- und Eurokrise waren tief und sind keineswegs vollständig überwunden, doch gefährdeten sie das gesellschaftliche Zusammenwachsen Europas im Kern nicht.